

Anlage (15)



27. Februar 2023

Herrn
Kreistagsvorsitzenden
André Stolz
Heimbacher Str.7
65307 Bad Schwalbach

Antrag

Zu TOP III.18 „Beitritt zum Brandbrief des Main-Taunus-Kreises“

Sehr geehrter Herr Stolz,

die CDU-Fraktion stellt zum TOP III.18 „Beitritt zum Brandbrief des Main-Taunus-Kreises“ den nachstehenden konkurrierenden Hauptantrag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird gebeten, sich angesichts der dauerhaft erheblichen Belastungen für den Rheingau-Taunus-Kreis und seine kreisangehörigen Kommunen bei Bund und Land dafür einzusetzen, dass Flüchtlingszuweisungen an den Rheingau-Taunus-Kreis nur in einem die Strukturen im Kreis nicht überfordernden Maße erfolgen sollen.

Dazu beschließt der Kreistag die folgende Erklärung:

Der Rheingau-Taunus-Kreis und seine Städte und Gemeinden leisten seit langem ihren Beitrag zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen im Kreisgebiet. Spätestens seit Beginn des verbrecherischen Überfalls Russlands auf die Ukraine sind die Zahlen der zu uns kommenden Menschen noch einmal deutlich angestiegen. Mittlerweile werden zwei Sporthallen im Kreisgebiet als Notunterkünfte genutzt und fallen für ihren eigentlichen wichtigen Zweck aus. Immer mehr Menschen müssen in großen Unterkünften in sehr beengten Verhältnissen leben. Integrationsarbeit kann so kaum stattfinden. Die Kräfte von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren sind erschöpft.

Wir haben uns der Herausforderung konstruktiv und mit viel Energie, Arbeitskraft und finanziellen Mitteln gestellt. Zunehmend geraten wir jedoch an die Grenzen unserer Möglichkeiten. Dies kann kurz- und vor allem langfristig zu erheblichen sozial- und integrationspolitischen Problemen führen.

Deswegen muss jetzt schnell gegengesteuert werden.

Wir fordern eine sofortige Begrenzung des Zustroms an Flüchtlingen nach Deutschland. Das Grundrecht auf Asyl ist ein hohes Gut in unserem demokratischen und freien Rechtsstaat. Gerade aus diesem Grund aber muss genau betrachtet werden, wer dieses Recht in Anspruch nehmen darf. Menschen, die illegal in unser Land einreisen, müssen zudem konsequent und schnell rückgeführt werden. Das gilt auch für Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder denen das Bleiberecht entzogen wurde.

Die Kommunen stehen so oder so vor der gewaltigen finanziellen, politischen und technischen Aufgabe, nicht nur in kurzer Zeit zusätzlichen Wohnraum in erheblicher Größenordnung zu schaffen, sondern auch eine wenigstens teilweise erfolgreiche Integration der hier bleibenden Menschen zu ermöglichen:

Während es an Fachkräften und damit Betreuungsplätzen in den Kitas fehlt, kommen auf das verbliebene Personal nun neue Belastungen bei Sprachförderung, Elternarbeit und besonderem Betreuungsbedarf zu.

Während Deutschland über gravierenden Lehrermangel und ausfallenden Unterricht diskutiert, müssen Tausende von Schülern ohne Deutschkenntnisse in den Schulalltag integriert und für deutsche Schulabschlüsse fit gemacht werden.

Unser Kreis und seine Städte und Gemeinden sind stark.

Wir ducken uns vor dieser Situation nicht weg, sondern wir übernehmen Verantwortung. Aber wir fordern auch, dass man uns die Möglichkeit gibt, diese Herausforderung erfolgreich und mit breiter Unterstützung der Bevölkerung zu bewältigen. Wir fordern zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger und der Menschen, die zu uns kommen, dass wir nicht nur aufnehmen müssen, sondern auch integrieren können. Dafür müssen national und international dringend konkrete Entscheidungen getroffen werden. Die kommunale Familie darf nicht allein gelassen werden.



Sandro Zehner
Vorsitzender
CDU-Kreistagsfraktion